

# Antrag auf Beschlussvorlage

---

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung  
der Gemeinde Am Mellensee  
Maik Tscherwinka  
Zossener Straße 21 c  
15838 Am Mellensee

Am Mellensee 2023-01-12

## Antrag auf Beschlussvorlage

unverzügliche Prüfung / Kostenanalyse Kitaneubau(ten) in der Gemeinde Am Mellensee  
und Einstellung aller notwendigen Kosten in die Haushaltssatzung 2023 und Plan 24

### Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Im Falle dass es bis zum 31.1.2023 für die derzeit 3 geplanten und vertraglich vereinbarten Kitas (Rehagen, Klausdorf und Mellensee) keine verbindlichen Zusagen der Vorhabenträger gibt die Einrichtungen bis zum Sommer 2024 in Betrieb zu nehmen, wird der Bürgermeister damit beauftragt, unverzüglich eine Standort -, Machbarkeits-, Kosten- und Finanzierungsanalysen für eine kommunale Schaffung der Kitaplätze bis Sommer 2024 für den bis dahin zu erwartenden Fehlbedarf zu erarbeiten. Die ermittelten und notwendigen Kosten werden in die Haushaltssatzung 2023 und Haushaltsplan 2024 eingestellt und entsprechend der Verträge bei den Vorhabenträgern geltend gemacht. Die Gemeindevertretung wird monatlich ab Februar 2023 in einem separaten TOP in jeder GV über den aktuellen Stand informiert.

### Begründung:

Die Gemeinde ist laut Gesetz für die Bereitstellung der Kitaplätze verpflichtet, hat jedoch durch zum Teil investorenfreundliche städtebauliche Verträge und Fehlverhalten von Entscheidungsträgern das zeitgleiche Entstehen von Kitaplätzen zu Wohngebieten selbst verschuldet. Derzeit sind ca. 140 Kinder auf der Warteliste zu einem KiGa-Platz (Tendenz steigend). Demnach entsteht ein Rückstau von über 2 Jahren.

Jährlich steigen die Kosten durch Fremdbetreuung gemeindeansässiger Kinder in anderen Gemeinden an (2019 ca. 40 K€, 2020 ca. 60 K€, 2021 ca. 93 K€, 2022 über 100 K€). Diese Zahlen sind noch nicht final, da Kommunen bis zu 3 Jahre rückwirkend Ihre Kosten geltend machen können. Dazu kommen die ersten Klagen wegen Verdienstaufschlag von Elternteilen denen auch kein Ausweichplatz angeboten werden konnte (derzeit 3 Klagen anhängig und 27 Widersprüche verworfen). Hochgerechnet kommen hier alleine dafür Entschädigungskosten von ca. 1 Mio. Euro zzgl. Kosten der Verfahren auf die Haushalte 2025+2026 zu ohne danach eine Kita zu haben.

Sollte es haushalterische Konflikte dieser Beschlussvorlage mit den gesetzlichen Vorgaben geben, möge die Verwaltung eigene Vorschläge anbringen wie das Ziel dieser Beschlussvorlage termingerecht umzusetzen ist.

.....  
Fraktionsvorsitzender UWG  
Dirk Pehnert